

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 6. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. Januar 2010, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Astrid Damerow (CDU)	
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Martin Habersaat (SPD)	i. V. von Jürgen Weber
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	i. V. von Olaf Schulze
Oliver Kumbartzky (FDP)	
Katharina Loedige (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ulrich Schippels (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2007	4
2. Auflösung der globalen Minderausgaben 2009	5
Umdrucke 17/73, 17/124, 17/132, 17/148, 17/181, 17/182, 17/183	
3. Information/Kennntnisnahme	6
Umdruck 17/47 - Beschlüsse der 21. Veranstaltung „Altenparlament“	
Umdruck 17/131 - Beschlüsse der 23. Veranstaltung „Jugend im Landtag“	
Umdrucke 17/74 und 17/234 - Rücklagenbildung 2008 im Bildungsministerium	
Umdrucke 17/75 und 17/145 - Schiedswesen	
Umdruck 17/76 - Strukturreform der Finanzämter	
Umdruck 17/77 - Verwaltungsvereinbarungen „Leika-plus“ und „Behördenfinder“	
Umdruck 17/149 - Verwaltungsabkommen Metropolregion Hamburg	
Umdruck 17/150 - Spielbankgesellschaften	
Umdruck 17/151 - Haushaltsführungserlass 2010	
Umdruck 17/152 - Impfstoff Schweinegrippe	
interner Umdruck 17/130 - Teilprivatisierungen im UK S-H	
4. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2007

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Landesrechnungshof für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung zu erteilen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

Umdrucke 17/73, 17/124, 17/132, 17/148, 17/181, 17/182, 17/183

Zu Umdruck 17/181 möchte Abg. Heinold vom Bildungsministerium wissen, wie es bei der Einsparung Ausbau und Qualifizierung der Kindertagespflege sicherstelle.

Zu Umdruck 17/183 stellt Abg. Poersch fest, dass sich durch die Einsparungen beim Straßenbau der Zustand der Straßen im Lande verschlechtere.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen zu Umdruck 17/183 erwidert RL Quirnbach, die Mittelumschichtung in Einzelplan 06 für Aus- und Weiterbildung zulasten von EFRE- und ESF-Mitteln habe keine Auswirkungen auf die Umsetzung des operationellen Programms oder die Zuweisung von EU-Mitteln, weil Finanz- und Projektplanung zeitlich auseinanderliefen. Erfahrungsgemäß sei der Mittelbedarf in der auslaufenden Phase der Förderperiode höher. Wenn im gesamten Förderzeitraum ein Betrag von 1 Million € tatsächlich eingespart würde, gingen auch die entsprechenden EU-Mittel verloren.

Abg. Schippels problematisiert das Instrument der globalen Minderausgabe, das dem Grundsatz von Haushaltswahrheit und -klarheit entgegenstehe.

Abg. Koch teilt die Intention, das Budgetrecht des Parlaments nicht durch das Instrument der globalen Minderausgabe auszuhöhlen und den Haushalt maßgeblich darüber zu steuern. Auch die Koalition sei bemüht, das Instrument der globalen Minderausgabe nur in eng begrenztem Rahmen einzusetzen.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN nimmt der Ausschuss die geplante Auflösung der globalen Minderausgaben 2009 zur Kenntnis und stimmt der Auflösung von globalen Minderausgaben bei nicht investiven Zuwendungen zu, Umdruck 17/73.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 17/47 - Beschlüsse der 21. Veranstaltung „Altenparlament“
Umdruck 17/131 - Beschlüsse der 23. Veranstaltung „Jugend im Landtag“
Umdrucke 17/74 und 17/234 - Rücklagenbildung 2008 im Bildungsministerium
Umdrucke 17/75 und 17/145 - Schiedswesen
Umdruck 17/76 - Strukturreform der Finanzämter
Umdruck 17/77 - Verwaltungsvereinbarungen „Leika-plus“ und
„Behördenfinder“
Umdruck 17/149 - Verwaltungsabkommen Metropolregion Hamburg
Umdruck 17/150 - Spielbankgesellschaften
Umdruck 17/151 - Haushaltsführungserlass 2010
Umdruck 17/152 - Impfstoff Schweinegrippe
interner Umdruck 17/130 - Teilprivatisierungen im UK S-H

Der Ausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Die Beschlüsse von **Altenparlament** und „**Jugend im Landtag**“, Umdrucke 17/47 und 17/131, nimmt der Finanzausschuss zur Kenntnis und überlässt die Stellungnahme den Fraktionen.

Zu Umdruck 17/74 bekräftigt P Dr. Altmann die Kritik des Rechnungshofs an der **Rücklagenbildung 2008 im Bildungsministerium**, Umdruck 17/234. - Der Finanzausschuss kommt überein, die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 11. Februar 2010 zu setzen.

Der Finanzausschuss bittet den Innen- und Rechtsausschuss, die Vorlagen zum **Schiedswesen**, Umdrucke 17/75 und 17/145, zu beraten und dem Finanzausschuss zu gegebener Zeit eine Stellungnahme zuzuleiten.

Zu Umdruck 17/76 fragt P Dr. Altmann das Finanzministerium nach einer Zeitplanung für das Projekt **Zukunft Steuerverwaltung 2020**.

Abg. Loedige merkt kritisch an, dass die Strukturreform der Finanzämter kaum zu Personaleinsparungen und zu einer Erhöhung der Fahrkosten zwischen den Standorten geführt habe.

St Dr. Bastian räumt ein, dass die Erwartungen an die Strukturreform nur in sehr beschränktem Umfang erfüllt worden seien. Das vom Finanzministerium auf den Weg gebrachte Projekt Steuerverwaltung 2020 verfolge unter Einbindung der Beschäftigten einen ganzheitlichen Ansatz und stelle alle Aufgaben auf den Prüfstand. Die zukünftige Struktur der Steuerverwaltung orientiere sich an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Qualitätssicherung und Bürgernähe. Das Finanzverwaltungsamt solle zu einem Landesverwaltungsamt weiterentwickelt werden. Die Zahl der Abteilungen im Finanzministerium werde von fünf auf drei reduziert und der Leitungsstab ausgedünnt.

Herr Lahrssen, Leiter des Projekts Zukunft Steuerverwaltung 2020, begründet die Entwicklung der Sachkosten mit zusätzlichen Fahrkosten bei den Doppelstandorten.

Der Finanzausschuss nimmt das Angebot von St Dr. Bastian an, sich das Projekt Zukunft Steuerverwaltung 2020 in der Sitzung am 11. Februar 2010 vom Finanzministerium vorstellen zu lassen.

Abg. Heinold appelliert an die Mitglieder des Finanzausschusses, das Projekt geschlossen positiv zu begleiten.

Auf Vorschlag von Abg. Loedige beauftragt der Finanzausschuss den Beteiligungsausschuss, sich mit dem Erwerb der Anteile der HSH Nordbank AG an den **Spielbankgesellschaften**, Umdruck 17/150, zu befassen.

Auf Fragen der Abg. Heinold und Herdejürgen zu Umdruck 17/151 - **Haushaltsführungserlass 2010** - teilt St Dr. Bastian mit, die Risiken auf der Einnahmeseite zwischen 70 Millionen und 80 Millionen € seien im Wesentlichen auf Entwicklungen bei Feldes- und Förderabgabe, Oberflächenwasserabgabe, Wohngeld, Eingliederungshilfe und BAföG zurückzuführen. Es sei Aufgabe der Fachressorts, die Zuwendungsempfänger über die zehnpromzentige Kürzung zu unterrichten. Eine Konkretisierung der Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes erwarte man mit der Steuerschätzung im Mai. Möglicherweise werde die Landesregierung mit einem Nachtragshaushalt auf die Entwicklung reagieren.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Am 11. Februar 2010 wird sich der Unterausschuss für Unternehmensbeteiligungen des Landes mit der Entwicklung der **HSH Finanzfonds AöR und Nordbank** befassen. Die Finanzausschusssitzung am 18. Februar 2010 findet bei der **GMSH** statt.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 10:50 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer